



II— **858** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

DER BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Zl. 50.115/14-II/3/76

326 IAB

1976 -06- 14

zu 4731J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

In Beantwortung der von den Abgeordneten Dr. Bauer und Genossen am 19.5.1976 eingebrachten Anfrage Nr.413/J, betreffend die Durchführung der Punktation zum Sicherheitsplan für Wien, beehre ich mich mitzuteilen:

Von dem im Mai 1975 vorgelegten Konzept für eine Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse in Wien ist bisher bereits ein Großteil realisiert worden. Im einzelnen ist hiezu folgendes auszuführen:

1) Wiederaufbau des Rayonsdienstes:

Seit dem 1.9.1975 werden im dichtverbauten Stadtgebiet von Wien vermehrt Fußpatrouillen eingesetzt. Die für diesen Dienst herangezogenen Beamten sind mit Sprechfunkgeräten ausgerüstet. Während der Nachtzeit werden diese Patrouillen in doppelter Besetzung, d.h. als sogenannte Doppelpatrouillen durchgeführt.

2) Verstärkte Überwachung von Parks und Fußgängerzonen:

Die Überwachung der Parkanlagen und der Fußgängerzonen erfolgt durch Kriminalbeamtenstreifen und sogenannte Planquadrat-Aktionen der Sicherheitswache.

Bei 1.597 vorwiegend zur Nachtzeit durchgeführten Kriminalbeamtenstreifen wurden bis einschließlich Mai 1976 30.838 Personen überprüft, 3.674 Anzeigen erstattet und 4.661 Personen festgenommen. Im Rahmen von Planquadrat-Aktionen wurden bisher 16.584 Personen überprüft, 3.425 Anzeigen erstattet, 1.130 Festnahmen ausgesprochen und 14.306 Kraftfahrzeugkontrollen durchgeführt. Außerdem wurden 26 gefahndete Kraftfahrzeuge

sichergestellt und 1.411 unversperrt abgestellte Kraftfahrzeuge gegen unbefugten Zugriff gesichert.

3) Überwachung von Straßenbahnzügen und Autobussen durch Beamte in Zivil:

Die Überwachung von Straßenbahnzügen und städtischen Autobussen durch Beamte in Zivil erfolgt insbesondere auf den in die traditionellen Heurigenegenden führenden Linien, so vor allem in den Bezirken Hietzing, Döbling, Floridsdorf und Liesing. Die mit diesen Aufgaben betrauten Beamten sind mit Sprechfunkgeräten ausgerüstet und können im Bedarfsfalle von den sie begleitenden Funkstreifen unterstützt werden. Im Zuge dieser Aktionen wurden bisher 672 Personen überprüft, 129 Anzeigen erstattet und 44 Personen festgenommen.

4) Sprechfunkgeräte für Fußpatrouillen:

Für den verstärkten Fußpatrouillendienst hat die Stadt Wien der Bundespolizeidirektion Wien noch im Jahre 1975 100 Sprechfunkgeräte zur Verfügung gestellt, die bereits in Verwendung sind. Weitere 100 Sprechfunkgeräte hat die Stadt Wien zugesagt.

5) Verstärkte Kontrolle von Schnell- und Stadtbahnstationen, Überwachung von U-Bahn-Stationen, Zurverfügungstellung von Räumen für Wachzimmer in U-Bahn-Stationen:

Die verstärkte regelmäßige Kontrolle der Schnell- und Stadtbahnstationen wird durch Schwerpunktaktionen, die vor allem im Anschluß an Großveranstaltungen gestartet werden, ergänzt. Dadurch war es möglich, die gerade im Anschluß an Pop-Konzerte früher immer wieder vorgekommenen Ausschreitungen auf ein Minimum zu reduzieren.

In den künftigen Stationen der U-Bahn am Karlsplatz und am Stephansplatz wurden Räumlichkeiten für die Unterbringung von Wachzimmern bereits vorgesehen. Für die Station der U-Bahn am Praterstern wird derzeit noch nach einer geeigneten Lösung gesucht. Grundsätzlich soll im Bereiche aller künftigen U-Bahnknoten

- 3 -

eine Polizeidienststelle eingerichtet werden.

- 6) Verstärkte Überwachung von Lokalen, die von Kriminellen frequentiert werden:

Die erfahrungsgemäß von Kriminellen frequentierten Lokale wurden in den letzten Monaten einer erhöhten Überwachung und Kontrolle unterzogen.

- 7) Einsatz von Verkehrspolizisten für zusätzliche nächtliche Streifen am Stadtrand:

Der Einsatz von Verkehrspolizisten als zusätzliche nächtliche Streifen in den Randbezirken wurde wesentlich erweitert und hatte eine Neuorganisation der polizeilichen Überwachung in den Außenbezirken zur Folge. Dieser zusätzliche nächtliche Streifendienst der Verkehrspolizei ("Aktion Eule") führte bisher zu mehr als 500 Interventionen. Die Polizeiorgane nehmen bei dieser Gelegenheit auch persönlich Kontakt mit Vertretern der Siedler- und Kleingartenvereine auf, wodurch die Überwachung dieser Gebiete sinnvoll verstärkt und die Durchführung zielführender Planquadrat-Aktionen erleichtert worden ist. Vereine, deren Anlagen umzäunt und abgeschlossen sind, werden ersucht, die Schlüssel bei der Polizei zu deponieren, um ein Begehen der Anlagen zu ermöglichen. Für die Verkehrspolizei werden in den Randbezirken eigene Stützpunkte errichtet.

In diesem Zusammenhang erscheint auch erwähnenswert, daß die Diensthundeabteilung der Bundespolizeidirektion Wien in der letzten Zeit einen Ausbau erfahren hat. In den Räumen der Feuerwache am Steinhof ist der neue Diensthundestützpunkt West geschaffen worden. Ein weiterer Diensthundestützpunkt soll in nächster Zeit errichtet werden. Hand in Hand damit geht die Ausbildung von zusätzlichen Diensthundeführern.

- 8) Zurverfügungstellung von Ausbildungs- und Wohnräumen für Polizeischüler:

Die Stadt Wien hat ein Gebäude in Wien 14., Linzer Straße, für die Unterbringung von 180 Polizeischülern

- 4 -

adaptiert. Die Räumlichkeiten sind bereits voll benutzungsfähig und zum Großteil auch schon belegt. Für Polizeibeamte, die nicht aus Wien stammen, hat der städtische Zuwandererfonds insgesamt 80 Genossenschaftswohnungen bereitgestellt.

- 9) Überprüfung der Wachzimmer auf ihre Zulänglichkeit und zweckmäßige Lage:

Die Wachzimmer im Bereiche von Wien wurden im Hinblick auf ihre Zulänglichkeit und zweckmäßige Lage überprüft. Als Ergebnis dieser Überprüfung kann die eingeleitete Verlegung des Wachzimmers Sinagasse in die Schüttaustraße nächst dem neuen UNO-Gebäude, der bereits begonnene Bau eines Wachzimmers in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost im 10. Wiener Gemeindebezirk, die geplante Errichtung zweier neuer Wachzimmer im Raum Simmering-Kaiser Ebersdorf, weiters die bereits erfolgte Inbetriebnahme neuer Wachzimmer in Wien 15., Ölweingasse und im ORF-Gebäude in Wien 13., Elisabethallee, sowie auch die Errichtung des Diensthundestützpunktes West angesehen werden.

- 10) Befreiung der Kriminalbeamten von Lenkererhebungen:

Die beabsichtigte Befreiung der Kriminalbeamten von Tätigkeiten, die nicht zu ihren eigentlichen Aufgaben zählen, insbesondere von der Durchführung der sogenannten Lenkererhebungen, hat bereits insoweit konkrete Formen angenommen, als ein diesbezüglicher Entwurf einer Novelle zum Kraftfahrgesetz schon in parlamentarische Behandlung genommen worden ist.

- 11) Popularisierung der Notrufnummern 122, 133 und 144, Anbringung entsprechender Aufschriften auf Einsatzfahrzeugen:

Hier hat es die Stadt Wien übernommen, hinsichtlich der Anbringung solcher Aufschriften auf den Einsatzfahrzeugen der Bundespolizei zu gegebener Zeit mit einem entsprechenden Antrag an das Bundesministerium für Inneres heranzutreten.

- 12) Aufklärungsaktionen in Schulen, Sicherheit auf dem Schulweg, Schutz vor Sittlichkeitsverbrechern:

- 5 -

Die Aufklärungsaktionen in den Schulen zu den Themen "Sicherheit auf dem Schulweg" und "Schutz vor Sittlichkeitsverbrechern" wurden bereits vor den Sommerferien des vergangenen Jahres begonnen und im laufenden Schuljahr im Zusammenwirken mit den Schulbehörden, insbesondere durch Vorträge vor Schülern des polytechnischen Lehrganges, fortgesetzt. Daneben werden die Kinder in den Schulen laufend mit Fragen der Verkehrssicherheit vertraut gemacht.

- 13) Überprüfung der Straßenbeleuchtung dahingehend, ob diese den Sicherheitserfordernissen entspricht:
Die Realisierung liegt bei der Stadt Wien. Die Bundespolizeidirektion Wien kann in diesem Fall nur Hilfestellung leisten, so insbesondere durch die Erstattung von Vorschlägen sowie durch die Stellung entsprechender Anträge.
- 14) Überprüfung der Straßenschilder auf ihre Exaktheit:
Auf die Ausführungen unter Punkt 13) wird verwiesen.
- 15) Verbesserte und zusätzliche automatische Alarmanlagen, Überprüfung hinsichtlich Türschlösser:
Die Polizei hat es sich im Rahmen des kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit über Möglichkeiten eines besseren Schutzes des Eigentums zu informieren. In diesem Zusammenhang wurden mehrere Vorträge im "Seniorenklub der Gemeinde Wien" und vor Angestellten von Geld- und Kreditinstituten zum Thema "Schutz vor Raubüberfällen" gehalten. Weiters hat der kriminalpolizeiliche Beratungsdienst der Bundespolizeidirektion Wien bei der Ausstellung "Senior aktuell" in der Zeit vom 31. März bis 4. April 1976 mitgewirkt und dort die Ausstellungsbesucher entsprechend beraten. Ein Flugblatt mit dem Thema "Tips gegen Taschendiebe" befindet sich in Vorbereitung und soll in Straßenbahnen und Autobussen affiziert werden.

- 16) Umfassender Katastrophenschutz, Katastrophenalarm-
übung:

Auf die Ausführungen unter Punkt 13) wird verwiesen.

- 17) Besserer Schutz für Fußgänger, insbesondere für Kinder,
Sonderprogramm der Stadt Wien für den Bau von Ver-
kehrslichtsignalanlagen, Sonderprogramm für Fuß-
gängerübergänge, Zurverfügungstellung von Radarge-
räten, Einsatz von Polizeipraktikanten zur Schulweg-
sicherung:

Die Stadt Wien wird der Bundespolizeidirektion Wien demnächst zwei Radargeräte für Zwecke der Verkehrsüberwachung zur Verfügung stellen. Mit dem probeweisen Einsatz ist noch im Juni 1976 zu rechnen. Die Ausbildung einer entsprechenden Einsatzgruppe ist in Vorbereitung.

Ein verbesserter Schutz für die Fußgänger und insbesondere für die Kinder wird durch den zusätzlichen Einsatz von Polizeipraktikanten im Rahmen der Schulwegsicherung möglich. Die erste Gruppe von ca. 30 Polizeipraktikanten steht seit Herbst 1975 im Einsatz. Mit dem Einsatz von weiteren ca. 85 Polizeipraktikanten ab Herbst 1976 ist zu rechnen.

In diesem Zusammenhang erscheint von Bedeutung, daß in letzter Zeit eine Reorganisierung des Verkehrsunfallkommandos der Bundespolizeidirektion Wien eingeleitet worden ist. Das Verkehrsunfallkommando soll künftig alle Verkehrsunfälle behandeln, bei denen Personen verletzt wurden. Dies bedeutet eine wesentliche Entlastung der Funkstreifen, welche die dadurch gewonnene Zeit zur Besorgung anderer Sicherheitsaufgaben verwenden können. Die Erhebungen nach Verkehrsunfällen einschließlich der Verfassung der erforderlichen Berichte sind äußerst zeitaufwendig und wurden hiedurch in der Vergangenheit die Besatzungen von Funkstreifen vielfach ihren eigentlichen Aufgaben entzogen. Diese Reorganisierung des Verkehrsunfallkommandos beschränkt

- 7 -

sich im Moment noch auf die innerhalb des Gürtels gelegenen Dienststellen. Die Schaffung weiterer Kommanden und damit die Ausdehnung der geschilderten Praxis auf den gesamten Stadtbereich wird derzeit vorbereitet.

Bezüglich der Sonderprogramme wird auf die Ausführungen unter Punkt 13) verwiesen.

Wien, am 11. Juni 1976

W. K. K. K.